



HESSISCHER LANDTAG

18. 02. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Bildung und Erziehung als Schlüssel: Wie Schule und Elternhaus gemeinsam zu einem sicheren Hessen beitragen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es im öffentlichen Raum eine zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft gibt, der sich die Gesellschaft gemeinsam und entschieden entgegenstellen muss. Bildung und Erziehung sind als gemeinsame Aufgabe von Schule und Eltern zu betrachten. Eltern sind die primäre Sozialisationsinstanz für Kinder und tragen nach dem Grundgesetz (Art. 6 Abs. 2) die Hauptverantwortung für ihre Erziehung. Die Schule benötigt zur Erfüllung des im Hessischen Schulgesetz verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrags ein solides Fundament, das im Elternhaus gelegt wird. Sie kann Defizite der elterlichen Erziehung nur bis zu einem gewissen Grad ausgleichen. Schulen sind sichere Orte, und damit sie es bleiben, legen wir hohe Maßstäbe an. Daher setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Wertevermittlung für alle Schülerinnen und Schüler sowie auf gute Präventions- und Elternarbeit an Schulen. Der Landtag appelliert daher an alle Eltern, ihren Kindern zentrale soziale Kompetenzen zu vermitteln — insbesondere den respektvollen Umgang miteinander und die konstruktive Lösung von Konflikten, so wie das auch von Schulgemeinden erwartet wird.
2. Der Landtag begrüßt, dass Schulen eine zentrale Aufgabe bei der Gewaltprävention übernehmen, indem sie nicht nur soziale Kompetenzen vermitteln, sondern für eine sichere und geschützte Umgebung sorgen. Gewalt hat an Schulen keinen Platz. Vorfälle in Schulen, in denen Menschen von Gewalt, Mobbing und Ausgrenzung betroffen sind, müssen konsequent geahndet werden. Die konsequente Meldepflicht wichtiger Vorkommnisse an die Schulaufsicht gewährleistet eine frühzeitige Reaktion auf etwaige Vorfälle, während der Einsatz von Schulsozialarbeit und multiprofessioneller Teams in den Schulen dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler gezielt in ihrer sozialen Entwicklung unterstützt werden. Lehrkräfte stehen bei alledem nicht allein: Sie erhalten bei Bedarf — gemeinsam mit den Eltern — rechtliche und schulpsychologische Unterstützung durch die Staatlichen Schulämter, um bei auftretenden Konflikten effektiv eingreifen und Schutzräume für alle Beteiligten bewahren zu können.
3. Der Landtag unterstreicht die wichtige Rolle von Schulen als Orte der sozialen Kompetenzvermittlung. Angesichts der steigenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft kommt der schulischen Präventionsarbeit eine noch größere Bedeutung zu. Durch gezielte Maßnahmen wird das Fundament für ein friedliches Miteinander gelegt. Kooperative Lernformen fördern nicht nur das Verständnis für andere Perspektiven, sondern ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, Konflikte eigenständig und verantwortungsbewusst zu lösen. Die pädagogische Arbeit an Schulen schafft damit ein stabiles Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Landtag betont, dass Demokratiefähigkeit, interkulturelle Kompetenz und die bewusste Auseinandersetzung mit den Werten unserer Republik fester Bestandteil an schulischer Bildung sind. Die schulische Bildung ist die Voraussetzung einer mündigen Partizipation am politischen Leben. Schülerinnen und Schüler sind zu einer aktiven Mitgestaltung unseres demokratischen, pluralistischen Gemeinwesens zu ermutigen. Im Zentrum steht die Vermittlung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Aus dieser lassen sich die grundlegenden Werte des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung, die einander als gleichberechtigt anerkennen, ableiten.

4. Der Landtag begrüßt die bereits umgesetzten Maßnahmen der Landesregierung zur Gewaltprävention. Um auf die zunehmenden Herausforderungen adäquat zu reagieren, wurde beispielsweise den Schulen 2024 eigens ein Handlungsleitfaden bei Gewalterfahrungen von Lehrkräften zur Verfügung gestellt. Er gibt klare und praxisorientierte Handlungsempfehlungen, um Lehrkräfte bestmöglich vor Gewalt zu schützen. Jede Schule entwickelt zudem individuelle Schutzkonzepte gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch, für deren Umsetzung eine zusätzliche Stundenzuweisung erfolgt. Lehrkräfte profitieren außerdem von praxisnahen Fortbildungen zu Deeskalation, Resilienz und Konfliktbewältigung. Zusätzlich fördern Programme wie „Schulmediation“ oder „Prävention im Team“ (PiT Hessen) die Konfliktlösungskompetenz innerhalb der Schulgemeinschaft. In besonderen Krisenfällen unterstützt das schulpsychologische Kriseninterventionsteam schnell und gezielt Betroffene und die Schulgemeinschaft. Durch das Programm Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) erhalten Schulen Unterstützung bei der Entwicklung einer demokratischen und gewaltfreien Schulkultur. Die pädagogische Arbeit an Schulen schafft damit ein stabiles Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
5. Der Landtag sieht die Schulen als zentrale Akteure bei der Vermittlung von Medienkompetenz und der Prävention von Cybermobbing. Die Verankerung der Medienbildung in den Kerncurricula sowie in der Lehrkräfteaus- und Weiterbildung stärkt die Handlungskompetenz aller an Schule Beteiligten. Die Digitalisierung hat die Erscheinungsformen von Gewalt verändert. Deshalb begegnen Schulen auch diesen Erscheinungsformen entschieden. Programme wie „Digitale Helden“ stärken Schülerinnen und Schüler in der sicheren Nutzung digitaler Medien, indem sie zu Peer-Beraterinnen und -Beratern ausgebildet werden. Die Beratungsstelle „Jugend und Medien Hessen“ stellt zudem umfassende pädagogische Materialien bereit und fungiert als zentrale Anlaufstelle für alle Beteiligten im Schulkontext.
6. Der Landtag begrüßt die „Initiative zur Wertevermittlung“, die im Schuljahr 2024/2025 zunächst verbindlich in allen Intensivklassen eingeführt wurde, sowie das Vorhaben, diese auf alle Schülerinnen und Schüler auszuweiten. Angesichts einer rauer werdenden gesellschaftlichen Debattenkultur müssen alle Schülerinnen und Schüler frühzeitig lernen, respektvoll miteinander umzugehen und Konflikte konstruktiv zu lösen. Neben den Schulen und den Familien ist die gesamte Gesellschaft gefragt, diese Werte konsequent vorzuleben. Ein wichtiger Beitrag hierzu ist die von der Landesregierung gestartete WERTvoll-Tour, die jungen Menschen zentrale Werte wie Toleranz, Respekt, Nachhaltigkeit, Freiheit, Verantwortung und Gleichberechtigung näherbringt. Die Tour zeigt, dass Schulen als Sozialisationsraum immer wichtiger werden und unterstützt sie dabei, dem Einfluss gesellschaftlicher Herausforderungen wie Polarisierung, Falschinformation, Antisemitismus und Extremismus entschlossen entgegenzutreten.
7. Der Landtag unterstützt Kooperationen hessischer Schulen mit Polizei und Justiz, die auf eine Verhinderung von Straftaten sowie eine Verbesserung des Schutzes von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern abzielen. Schulen haben einen direkten Ansprechpartner bei der Polizei für Präventions- und Notfallmaßnahmen. Im Rahmen regelmäßiger Besuche klären Präventionsbeauftragte Schülerinnen und Schüler über rechtliche Konsequenzen von Gewalt und Mobbing auf. Der Landtag begrüßt darüber hinaus die im Rahmen des Respekt-Pakets der Landesregierung zu Beginn des Jahres 2025 gestartete Veranstaltungsreihe „Cops im Dialog — Polizei und Schule im Austausch“, die jährlich von jeder Polizeidirektion in Hessen an einer Schule durchgeführt werden soll.
8. Der Landtag begrüßt die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung für mehr Sicherheit. Unter der Präventions-Dachmarke „Gemeinsam Sicher in Hessen“ und deren Teilmarke „Gemeinsam Sicher für Kinder und Jugendliche“ werden gute Präventionsprogramme seitens der Polizei Hessen umgesetzt. Besonders hervorzuheben sind dabei „Brich dein Schweigen“ zur Sensibilisierung und Aufklärung der Gesellschaft über sexualisierte Gewalt oder auch die „#Aktion Schutzschild“, um dem Deliktsbereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern noch intensiver zu begegnen und eine frühzeitige Reduzierung der

relevanten Straftaten zu erreichen. Hessen gehört trotz gesteigener Gewaltbereitschaft und Kriminalität bundesweit weiterhin zu den sichersten Ländern. Die Kriminalitätsbelastung in Hessen liegt deutlich unter dem Bundesschnitt und die Aufklärungsquote ist weit überdurchschnittlich.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert